

# Der Finanzvorsteherin platzte der Kragen

**Gemeinderat Adliswil** Die Sitzung des Gemeinderats verlief eigentlich in geordnetem Rahmen. Der Bericht der Geschäftsprüfungskommission sorgte aber für Aufregung bei der Stadträtin Karin Fein.

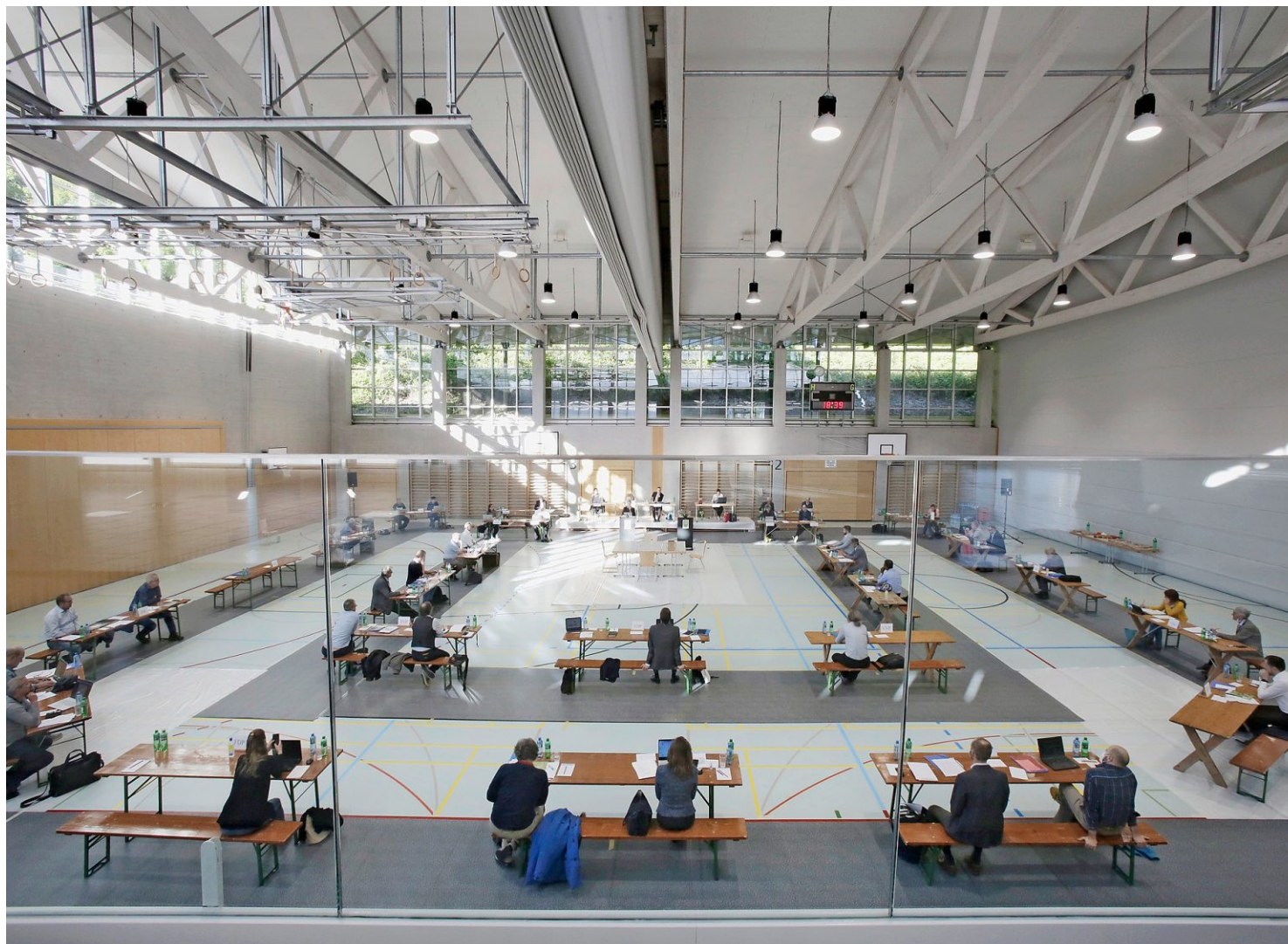
Pascal Jäggi

Der jährliche Bericht der Geschäftsprüfungskommission (GPK) ist in Adliswil in der Regel kein grosser Aufreger. Doch an der Gemeinderatssitzung vom Mittwoch sorgte er für eine Standpauke von Stadträtin Karin Fein (Freie Wähler). Kommissionspräsident Wolfgang Liedtke (SP) informierte über die Tätigkeit der Oberaufsicht und kritisierte unter anderem eine nicht immer offene Kommunikation des Stadtrats und Uneinigkeit über die Kompetenzen der Parlamentarier.

Konkret hat die GPK die Liegenschaftsverwaltung, die neue Geschäftsordnung des Stadtrats, die Pensionskasse und das Risikomanagement der Stadt überprüft. Teilweise hat sie Empfehlungen abgegeben, was man ändern könnte. Zur Pensionskasse habe die Vertreterin des Stadtrats im Stiftungsrat die Auskunft verweigert. Und im Fazit schloss Liedtke: «Um eine effiziente Zusammenarbeit mit dem Stadtrat gewährleisten zu können, braucht es eine von allen Seiten anerkannte Definition der Kompetenzen der GPK.»

## Nichts Sinnvolles zu schreiben

Die angesprochene Vertreterin des Stadtrats, die Ressortvorsteherin Finanzen, Karin Fein, antwortete prompt. «Ihre Aufgabe als GPK wäre es, Missstände aufzudecken. Solche haben sie 2019 offensichtlich nicht entdeckt», so Fein. Sie verstehe, dass es schwierig sei, etwas Sinnvolles zu schreiben, wenn man nichts findet, was noch als ironische Bemerkung durchging. Doch dann kritisierte sie die Arbeit der GPK scharf. So seien Aussagen aus



Der Grosse Gemeinderat tagte am Mittwoch gleich zweimal in der Turnhalle Tüfi. Foto: Sabine Rock

Protokollen und Mails aus dem Zusammenhang gerissen worden und teilweise falsche Angaben gemacht worden. Jeder einigermaßen professionelle Prüfer lasse vor der Veröffentlichung seine Angaben auf Richtigkeit überprüfen und den Geprüften Stellung beziehen.

Was die Kompetenzen betrifft, warf die Stadträtin der GPK vor,

diese zu überschreiten. Es gehe nicht an, dass die Gemeinderäte in einem funktionierenden Verwaltungsbereich danach suchen, wie dieser anders organisiert werden könnte. «Mit ihren Empfehlungen verletzen sie das Gewaltentrennungsprinzip», sagte Karin Fein. Weiter warf sie der GPK mangelnden Respekt, Anstand und inkompetente Aktio-

nen vor. So habe der Stiftungsratspräsident der Pensionskasse, die vor einigen Jahren verselbstständigt wurde, korrekt Auskunft gegeben. Als eines von sechs Stiftungsratsmitgliedern sei sie die falsche Auskunftsperson.

Die GPK habe noch viel Grundlagenarbeit vor sich, habe sie mit dem Bericht doch gegen zwei grundlegende Prinzipien des

staatlichen Handelns verstossen, die Gewaltentrennung und das Nichtgewähren des rechtlichen Gehörs. Karin Fein, die selber Wirtschaftsprüferin ist, schloss damit, dass die GPK in Zukunft ihre «vermeintlichen Feststellungen» verifizieren und die Geprüften Stellung nehmen lassen solle, nur schon um dem Qualitätsstandard zu entsprechen, den

die Kommission von der Verwaltung und dem Stadtrat erwarte. Wolfgang Liedtke hatte auf diesen Auftritt keine richtige Antwort mehr, meinte aber, die Beschuldigungen Feins seien nicht nachvollziehbar.

## Gemeindeordnung überarbeiten

Die Revision der Gemeindeordnung hat der Gemeinderat einstimmig an den Stadtrat zurückgewiesen. Das Problem: Mit der Annahme der Bodeninitiative im Februar hat sich Grundlegendes geändert, was der Stadtrat in der neuen Gemeindeordnung anpassen muss. Stadtpräsident Farid Zeroual (CVP) bedankte sich denn auch für die Rückweisung. Er erklärte, dass der Stadtrat letztes Jahr nur den Gegenvorschlag zur Initiative in den Entwurf habe einfließen lassen, weil der Gemeinderat diesen im Herbst 2019 angenommen habe. Die neue Gemeindeordnung muss bis Ende 2021 umgesetzt werden.

Mit einem Postulat zum öffentlichen Verkehr ist Wolfgang Liedtke (SP) gescheitert. Er forderte Bilettautomaten an allen Haltestellen, Rufbusse in gewissen Quartieren und die Prüfung einer direkten Buslinie vom Bahnhof Adliswil zum Bahnhof Wollishofen. Der Gemeinderat hatte vor allem für die Automatenforderung wenig Verständnis, diese sei veraltet, war zu hören. Daniel Schneider (Grüne) wollte über die drei Punkte einzeln abstimmen, um möglicherweise die anderen durchzubringen. Der Gemeinderat lehnte dies aber mit 17 zu 14 Stimmen ab. Schliesslich stimmte er mit 19 zu 10 Stimmen und einer Enthaltung gegen die Überweisung des Postulats an den Stadtrat.

# Regierungsrat will neue Asylunterkunft in Adliswil bauen

**Asylzentrum bleibt** 2021 läuft die provisorische Bewilligung für die Notunterkunft in Adliswil ab. Der Kanton Zürich und die Stadt Adliswil wollen am Asylzentrum festhalten. Geplant ist ein Neubau am selben Standort.

Gleich beide EVP-Vertreter im Grossen Gemeinderat stellten an der Sitzung Fragen zur Notunterkunft Adliswil (NUK). Das Zentrum für abgewiesene Asylbewerber, eine Containeranlage, habe nur eine provisorische Baubewilligung bis März 2021, hielten Pascal Engel und Hanspeter Clesle fest. Der zuständige Stadtrat Renato Günthardt (SVP) blieb am Mittwoch vage bezüglich konkreter Fragen. Schliesslich liege der Ball beim Kanton, der die Unterkunft betreibe. Der So-

zialvorsteher sagte aber, die Stadt habe grosses Interesse, dass der Kanton weiterhin am Standort festhalte. Günthardt nannte das am Mittwoch «wünschenswert».

Längerfristig solle das Zentrum nicht in der heutigen Form bestehen. Noch sei jedoch keine andere Lösung spruchreif. Ein Vorteil für Standortgemeinden: Sie müssen keine zusätzlichen Asylbewerber aufnehmen. Renato Günthardt konnte zumindest von anstehenden Gesprächen be-

richten, bei denen abgeklärt werden soll, ob beide Parteien die gleichen Interessen hätten.

## Längerer Prozess

Regierungsrat Mario Fehr (SP) bestätigt gegenüber dieser Zeitung, dass die Interessen gleich sind. Der Kanton werde auch nach März 2021 an der Asylunterkunft in Adliswil festhalten. «Wir planen einen Neubau», sagt Fehr. Konkretes zur Art des Baus könne er zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht sagen. Es gebe über-

haupt keinen Grund, den Standort aufzugeben. Die Zusammenarbeit mit den Behörden der Stadt Adliswil funktioniere ausgezeichnet und schon seit längerer Zeit, sagt der Sicherheitsdirektor, der selber in Adliswil wohnt. Angesichts der Prozesse, die ein Baugesuch durchlaufen muss, ist es kaum realistisch, dass im März ein Neubau bei der Steiner-Schule stehen wird. «Wahrscheinlich muss die provisorische Bewilligung verlängert werden», sagt Fehr.

Das Land, auf dem die NUK steht, gehört dem Kanton, ein anderer Standort in Adliswil sieht dieser nicht als sinnvoll an. Offen ist für Mario Fehr auch, ob das Zentrum weiterhin eine Notunterkunft für abgewiesene Asylsuchende bleiben soll oder, wie früher, wieder ein Durchgangszentrum sein könnte. In Letzterem wohnen Asylbewerber, die auf ihren Entscheidung warten.

Die engen Verhältnisse in den Containern wurden zuletzt von Hilfsorganisationen und Ärzten

kritisiert. So sei es unmöglich, die nötigen Abstände einzuhalten. Eine erkrankte Bewohnerin sei zudem zu wenig isoliert worden. Die Sicherheitsdirektion wies alle Vorwürfe zurück. Unter anderem hat auch die EVP Adliswil schon 2017 die Zustände zum Thema im Gemeinderat gemacht. Die NUK Adliswil ist eine von derzeit fünf Notunterkünften im Kanton. Sie ist für bis zu 140 Personen ausgelegt.

Pascal Jäggi

ANZEIGE



**TCM kangtai**  
www.kangtai.ch

**Chinesische Medizin kann helfen bei**



**Tinnitus**  
und vielem mehr.



**Rückenschmerzen**



**Energiemangel**  
weitere Praxen: Pfäffikon ZH und Winterthur.



**Wechseljahre**

**Postgasse 8  
Männedorf**  
☎ 043 495 68 88

**Zugerstrasse 2  
Wädenswil**  
☎ 043 266 68 88

**Bahnhofplatz 12  
Zürich**  
☎ 044 885 68 88